

Präsidentin mit Ach und Krach

Von der Leyen: „Auf Stimmenfang bis zur letzten Minute“, FR-Thema vom 17. Juli

So macht man die Demokratie zum Gespött

„Die Sozialdemokraten müssen jetzt den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland erklären, warum sie an diesem Tag für jemanden aus der eigenen Regierung, aus der eigenen Koalition nicht die Hand heben konnten“, erklärte CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer am Dienstag in den ARD-„Tagesthemen“. Ende Zitat. Das braucht die SPD auf keinen Fall, denn dieser Posten wurde im Hinterzimmer auf Betreiben Macrons und vermutlich Merkel ausgehandelt. Auch wenn der Ministerrat das Vorschlagsrecht hat, so macht man die Demokratie zum Gespött und demonstriert Herrschaftstum, Oligarchie. Und beides hat nichts mit Demokratie zu tun.

Eine Verteidigungsministerin, die einen Scherbenhaufen von Bundeswehr hinterlassen hat, die an Kungelei grenzende Verträge mit Beratern in unermesslicher Höhe abgeschlossen, also Steuergeld verschwendet und mit der Gorch Fock ein wahnwitziges Projekt in Auftrag gegeben hat, von den Wehrbeschaffungen gar nicht zu reden, sie soll jetzt das Sagen in der EU haben? Hoffentlich sind die Kontrollgremien stark genug, um solcher Misswirtschaft Einhalt zu gebieten.

Da braucht die SPD nichts erklären, warum man einer solchen Kandidatin das Ja verweigert, ihre Nichtqualifikation hat sie im Bundeskabinett bereits bewiesen. Da spielt auch das Prinzip des Spitzenkandidaten keine Rolle mehr, da sich der Ministerrat über das Wahlergebnis hinweggesetzt und hinweggefegt hat. Die Demokratie ist den Berg hinunter gegangen und im Müll gelandet. Es bedarf keiner Wahlen mehr, dem Ministerrat ist das zu erwartende Ergebnis egal. Mich werden die Wahlen zum Europaparlament nicht mehr sehen, es hat keinen Sinn, daran teilzunehmen. Auch Deutschlands Wahlgesetz bedarf dringendst einer Reform, aber man wird das solange verschie-

ben, dass es keinen Sinn mehr ergibt, so wie das Wahlrecht für Behinderte, die man zur diesjährigen Wahl des Europaparlaments ausgeschlossen hat, durch Verzögerung der Gesetzgebung. Für mich ist das auch eine Form von Wahlbetrug, nur eben demokratisch. Uwe Neumann, Rodgau

Es ging um Europa, nicht um Deutschland

Mit Ach und Krach hat Ursula von der Leyen die Wahl gewonnen und sich somit der Verantwortung für ihr massives Versagen als Verteidigungsministerin entzogen. Somit scheint eine Aufarbeitung auch vergessen zu sein. Denn als erstes hört man von jedem Unions-Funktionsträger: Wie können deutsche Sozialdemokraten eine deutsche Kandidatin nicht wählen? Das wäre gegen deutsche Interessen und würde Deutschland schaden.

Ihr deutschtimelnden Schreier, nehmt mal eure schwarz-rot-goldenen Brillen ab und denkt mal nach, um was es ging. Es ging um die Präsidentschaftswahl der EU-Kommission, es ging um eine Abstimmung des EU-Parlaments, es ging um Politik bzw. die Richtung der EU, und Deutschland ist nur ein Teil davon. Deswegen war die Ablehnung der Person von der Leyen und ihrer Politik richtig und wichtig. Es ging jedenfalls nicht um Deutschland oder irgend eine andere primitive Deutschtimelerei. Jochen Dohn, Mittelbuchen

Dieser Agenda können alle Proeuropäer zustimmen

Der 16. Juli war ein guter Tag für die EU. In Gestalt von Ursula von der Leyen steht in einer Zeit, in der sich in vielen kleineren und größeren Staaten und Regionen unseres Planeten populistische, nationalistische und autokratische Strömungen beobachten lassen, eine Frau an der Spitze des erfolgreichsten Zusammenschlusses demokratisch verfasster Staaten, die mit dem Gewicht ihres Amtes für die europäischen Werte von demokratischem Konsens,

Pluralismus und Meinungsfreiheit steht und diese auf Augenhöhe mit den Mächtigen dieser Welt repräsentiert, quasi als Gegenentwurf zu antipluralistischem und nationalistischem Kleinklein. Aus einigen Kommentaren nach der Abstimmung zeigt sich schon deutlich, wie in rückwärtsgerichteten Kreisen versucht wird, die Größe dieser Entscheidung der Mehrheit des EU-Parlaments kleinzureden und Frau von der Leyen als „schwache“ Kommissionspräsidentin ohne entsprechende Legitimation darzustellen, was nicht der Fall ist. Hier haben sich die deutschen Sozialdemokraten und die europäischen Grünen im Parlament mit ihrem erklärten Ablehnen ins Abseits begeben und müssen sich fragen lassen, ob es richtig sein kann, im Fall der SPD aus einer Prinzipienreiterei heraus eine Kommissionspräsidentin abzulehnen, für die sich sogar die ehemaligen Spitzenkandidaten der beiden großen Fraktionen des Parlaments ausgesprochen haben, bzw. im Fall der Grünen wegen nicht weit genug gehender Versprechen sie für nicht wählbar zu erklären, wo doch eigentlich die Zusammenarbeit der proeuropäischen Parteien gefragt sein muss. Dem Parlament ist es ja seit den Wahlen nicht gelungen, sich für einen der beiden Spitzenkandidaten mehrheitlich auszusprechen, so dass es richtig war, dass der Europäische Rat in Frau von der Leyen eine alternative Kandidatin vorgeschlagen hat.

Sicherlich wird sie sich daran messen lassen müssen, welche Themen wie umgesetzt werden, aber mit den von ihr angesprochenen Fragen unter anderem des Klimaschutzes, der Flüchtlingspolitik und der Stärkung der Rechte des Parlaments einschließlich des Spitzenkandidatenprinzips ist eine zukunftsgerichtete Agenda für die nächsten Jahre gesetzt, hinter der sich alle proeuropäischen Kräfte und Bürgerinnen und Bürger der EU sammeln können.

Jan Lindemann, Dortmund

Diskussion: frblog.de/europa-fertig



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika diskutiert mit Prof. Ulrich Raulff, der soeben zum neuen Präsidenten des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) ernannt worden ist, und Fritz Kuhn (OB Stuttgart, Grüne) „Zur Kritik der politischen Sprache“: Wie hat sich politische Rede in den vergangenen Jahren verändert?
23. Juli 2019, 18 Uhr
Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1, Großer Saal

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.
5. September, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.
19. September, 19.00 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.
24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Ohne jedes Mitgefühl

Gastbeitrag: „Das Modell Deutschland 21“, FR-Meinung vom 16. Juli

„Die SPD war nicht erfolgreich, wenn sie den Elenden sagt, wie elend es ihnen geht und dass der Kapitalismus schuld sei“. Wie elend ist das, was Harald Christ in der FR schreibt! Bar jeden Mitgefühls. Asozial. Und falsch. Der Kern sozialer Demokratie ist das Soziale. Also die Frage: Was kann man tun, damit es den Elenden besser geht? Die anderen wissen sich schon selbst zu helfen. Sozial ohne sozial ist asozial. Zweitens ist nicht „der Kapitalismus“ schuld, sondern der nicht für das Wohl der Menschen eingehetzte Kapitalismus. Besonders asozial ist es, auf der einen Seite Bedingungen zu schaffen, die Menschen verelenden lassen, und sie dann andererseits ihrem Schicksal zu überlassen.

Man kann es tausendmal wiederholen, weil es tausende Male wieder geschieht: Waffen aus Profit in Kriegsgebiete verkaufen, Biosphäre zerstören, Menschen mit Sklavenlöhnen abspesen, Flüchtlinge ertrinken lassen. Asylsuchende in Kriegsgebiete zurückschicken und damit in den Tod. Mit Sozialdemokratie hat das nicht das Geringsste zu tun. Mit SPD-Politik leider wohl. Absurd. Harald Christ ist ein Totengräber der SPD. Möge der sozialdemokratische Gedanke überleben.

Ralf-Michael Lübbers, Marienhafen

Solidarisch mit Bedrohten

Morddrohung: „Bodensatz alter und neuer Nazis“, FR-Thema vom 12. Juli

Auch ich solidarisiere mich gern mit Herrn Kirsch – sowie den vielen kritischen Geistern und mutigen VertreterInnen menschenfreundlicher Positionen, auch mit den Kommunalpolitikern, die Opfer von Mord- und anderen Drohungen wurden, mit den vielen attackierten Frauen, die neben den Mord- auch noch Abwertung und Vergewaltigungsdrohungen erhalten. Die Namen würden Seiten füllen.

Es darf und kann nicht sein, dass diese Attacken nicht verfolgt und bestraft werden können und – noch schlimmer – Anzeigen sogar zurückgewiesen werden seitens der jeweils örtlichen Polizei. Dafür muss es Beschwerdestellen geben, die außerhalb und innerhalb der Polizei (diese ist ja offensichtlich keineswegs durchweg neutral und an der Durchsetzung von „Recht und Ordnung“ interessiert). Dafür muss es Sonderabteilungen geben, die konsequent solche Fälle verfolgen. Bedrohte müssen eine Sicherheits- und Schutzberatung erhalten. Auch dazu gab es kürzlich in der FR ein Interview. Die Vorschläge klangen sehr vernünftig und auch machbar. Niemand sollte allein gelassen werden in solch einer Bedrohungslage! Hannah Erben-Wunder, Hamburg

Diskussion: frblog.de/rechts

Ich hoffe, dass die SPD sich durchsetzt

Zu: „SPD kann Sarrazin ausschließen“, FR-Politik vom 12. Juli

Ich begrüße es sehr, dass Herr Sarrazin endlich aus der SPD ausgeschlossen werden kann. Ein Mann, welcher der Meinung ist, dass zwischen (sozioökonomisch) wertvollem und weniger wertvollem Leben zu unterscheiden sei. Was soll diese Aussage? Jeder Mensch, egal aus welchem Land er kommt, ist ein wertvoller Mensch. Herr Sarrazin ist nach meiner Meinung ein Menschenverächter, denn nur so kann er über andere Menschen denken. Sein rassistisches und muslimfeindliches Denken ist extrem, und er gehört nicht in die SPD, sondern eher zur AfD. Er sprach mit Blick auf die muslimischen Zuwanderer von Menschen, „die ständig neue Kopftuchmädchen produzieren“.

Deshalb wäre er bestimmt ein gern gesehenes Mitglied bei der AfD.

Er bezieht sich auf die Meinungsfreiheit. Jeder Mensch kann zum Glück in Deutschland seine Meinung frei äußern. Wenn er der Meinung ist, dass die Meinungsfreiheit behindert werde, wenn man Kritik am Islam ausübt, so kann ich nur sagen, dass dies nicht der Fall ist, jedoch darf diese Meinung nicht rassistisch sein. Hier ist sein Blick wohl sehr einseitig.

Herr Sarrazin hat erklären lassen, dass er bis hin zum Bundesverfassungsgericht klagen wird. Dies ist für mich bei dem 74-jährigen Sturheit, er will sich gegen alle anderen behaupten und gewinnen.

Ich vermute, dass dieses Ausschlussverfahren sehr langwierig wird. Ich hoffe und wünsche, dass die SPD damit durchkommt. Ich frage mich nur, ob Herr Sarrazin mal überlegt hat, aus welchem Land seine Vorfahren stammen, denn dieser Name ist nicht deutsch. Ich denke seine Vorfahren waren zu ihrer Zeit auch froh und glücklich, in einem anderen Land aufgenommen worden zu sein.

Ich gebe dem Juso-Vorsitzenden Kühnert recht, dass Sarrazin mit der SPD-Mitgliedschaft seinen größten Kassenschlager verliert, denn ohne sie ist er nur ein „verbitterter rechter Mann unter vielen“. Wilma Fischer, Eschborn

Diskussion: frblog.de/sarrazin-2